

Die Alternative Liste Graz als Erweiterung des kommunalpolitischen Systems

„Wir sind die Alternative zur ewiggestrigen Einheitspartei“

1. Einleitung

(Wissenschaftliche) Publikationen über „Grüne“ und „Alternative“ gibt es — vor allem in der Bundesrepublik Deutschland — genug.¹⁾ In Österreich haben sich bis jetzt mit diesem Thema nur professionelle Meinungsforscher — im Auftrag der Parteien — beschäftigt, wovon nur zu wenig bis in die Redaktionsstufen von Zeitungen gelangte. Was dagegen fehlt, sind empirisch fundierte Analysen **bestimmter** Gruppen. Genau das soll diese Arbeit für die „Alternative Liste Graz“ leisten.

Natürlich kann dieser Beitrag nicht mehr bieten als eine erste Übersicht über einige wichtige Aspekte: Entstehung, Sozialstruktur, Programmatik, Organisation und Tätigkeit dieser Gruppe. Hauptziel ist es daher, Informationen zu vermitteln; Interpretationen und Hypothesen sind nur vorläufig, allein schon deswegen, weil die Alternative Liste Graz ja erst seit kurzem besteht und vieles noch sehr stark in Fluß ist.

Die Gründung einer neuen politischen Kraft ist nicht verständlich, wenn man sich nicht mit dem Umfeld, den politischen Bedingungen, aus denen sie entsteht, befaßt. Dieses Thema ist aber Gegenstand des Beitrags von Marko in diesem Band und wird daher hier nicht ausdrücklich behandelt.

Die Darstellung der ALG beruht auf Informationen sehr verschiedener Art. Zunächst wurde das erreichbare schriftliche Material ausgewertet: neben den ALG-internen Schriften (Infos, Flugblätter, Programme) die Berichte der „etablierten“ Grazer Tageszeitungen (Kleine Zeitung, Steirerkrone, Tagespost, Neue Zeit), aber auch der „Alternativpresse“, weil sich gerade hier sehr viel zum Thema fand, was auch bis zu einem gewissen Grad das Selbstverständnis der ALG ausdrückt. Hauptquelle in diesem Bereich war der „Uhrwurm“, eine monatlich erscheinende Stadtzeitung für Politik und Kultur. Insgesamt fand sich weit mehr Gedrucktes als erwartet; trotzdem stammt natürlich vieles aus mündlichen Informationen und begleitender Beobachtung. Wir haben ein ausführliches Gespräch mit zwei ALG-Gründern — Peter Pritz und Günther

¹⁾ Literaturangaben z. B. bei Roland Schmidt. Zur alternativen Kultur. Erscheinungsbild und Strukturen, aus Politik und Zeitgeschichte B11/1983, S. 1 ff.

Tischler — geführt, das auf Tonband aufgezeichnet wurde. Daneben gab es noch eine Reihe von informellen Gesprächen, d. h. nicht aufgezeichneten und daher auch nicht streng überprüfbaren Informationen, die zusammen mit Vorwissen und begleitenden Beobachtungen in den Text eingeflossen sind.

Für die Erhebung von Daten zur Sozialstruktur der ALG und zur politischen Einstellung und Vergangenheit ihrer Mitglieder und Sympathisanten erstellten wir einen Fragebogen, der viermal (am 16. 3., 23. 3., 6. 4. und 13. 4. 1983) in einem Plenum der ALG ausgeteilt wurde. Insgesamt erfaßten wir damit 78 Personen (erstmalige Besucher sowie regelmäßige und gelegentliche Teilnehmer). Aussagen über die ALG resultieren aus den Angaben der regelmäßigen und gelegentlichen Plenumsbesucher, das sind 51 Personen; von diesen waren 29 formell Mitglieder der ALG. Zum Vergleich: Im April 1983 hatte die ALG rund 80 eingetragene Mitglieder. Dabei muß man berücksichtigen, daß viele von ihnen gerade im fraglichen Zeitraum für die Alternative Liste Österreich im Nationalratswahlkampf tätig waren. Trotzdem glauben wir, daß die Ergebnisse — zumal sie recht eindeutig sind und mit der begleitenden Beobachtung übereinstimmen — als Annäherungswerte für die ALG gültig sind.

Ähnliches gilt für die Analyse der Wähler der ALG. Weil die Ergebnisse von Nachwahlenanalysen von den Auftraggebern (den „großen“ Parteien) unter Verschluß gehalten werden, sind die hier zitierten Daten nur bruchstückhaft. Da aber die daher stammenden Tendenzen mit den Bezirksergebnissen, begleitenden Beobachtungen aus Diskussionen mit opinion-leaders sowie in der „Subkultur“ übereinstimmen, halten wir sie für aussagekräftig.

Die Arbeit wurde im Mai 1983 abgeschlossen. Teil 8 stammt von Meinrad Handstanger, der Rest von Franz Merli.

2. Der lange Marsch zur Institution — Entstehungsgeschichte und -motive

2.1. Die ALG kommt nicht aus dem Nichts, sondern aus einer Vielzahl von politisch engagierten Gruppen und Einzelpersonen, die schon jahrelang vorher tätig waren.^{1a)} Sie entstand als Reaktion auf die Erstarrung des politischen Lebens in der Stadt, weil man Wünsche geweckt und dann beiseitegeschoben hatte. Das war eine Entwicklung, die sich durch Jahre zog; ebenso war die Entstehung der ALG auch kein plötzliches Ereignis, sondern ein Prozeß.

Bereits 1976 gab es erste Gespräche über eine Formierung als politische Kraft (nicht: Partei) und eine mögliche Kandidatur bei Wahlen. Damals ging es hauptsächlich um Zwentendorf und die Frage, wie man in dieser Sache Einfluß auf die Entscheidung nehmen könnte. Überhaupt ist Zwentendorf („Zeitwendendorf“²⁾) wohl das Schlüsselerlebnis im Bewußtsein der Alternativen, und die ALG beruft sich in Selbstdarstellungen immer wieder darauf.³⁾

Eine Woche nach der Volksabstimmung, am 11./12. November 1978, fand in Graz — auf Einladung der „Erklärung von Graz“ — ein erstes „Gesamtösterreichisches Alternativentreffen“ statt, das zwar heiße und wirre Diskussionen, aber keine praktischen Ergebnisse brachte.⁴⁾ Auch zur Nationalratswahl 1979 gab es Absichten und nicht mehr. Erstmals wirklich aktiv wurden die Alternativen nach einer Pause von einem Jahr bei der steirischen Landtagswahl im Oktober 1981. Da die Wahl kurzfristig vorverlegt wurde — was viele erst recht erboste — war die Zeit für eine Kandidatur zu kurz; daher beschränkte man sich auf eine „Aktion kritische Wähler“, die mit dem Slogan „Stimmvieh? Nein danke!“ für Stimmenthaltung warb.⁵⁾ Tatsächlich gingen viele Wähler — besonders in Graz — nicht ins Wahllokal oder stimmten ungültig. Damit war die Sache klar:

„27.207 Grazer haben am 4. Oktober den strahlenden Herren in die großen Gesichter geschwiegen. Sind diese Worte endlich deutlich genug oder muß eine alternative Liste her?“⁶⁾

Als Frage war das nur mehr rhetorisch, als Drohung aber ernst gemeint: Schon am 5. 11. 1981 — natürlich einem Zwentendorffjubiläum — fand das Gründungstreffen der ALG im mit 200 Leuten gutbesuchten Grazer Minoritensaal statt.⁷⁾ Nach einer ausführlichen Statutendiskussion⁸⁾ gab es dann im März 1982 die

1a) Vgl. Teil 3.

2) Alternative Liste Graz, Lokalkämpfe (Abdruck einer Rede von Erich Kitzmüller beim ALG-Gründungstreffen), Uhrwurm 5 (Dezember 1981), S. 27ff (27).

3) Z. B. Erich Kitzmüller/Karl Pfeiffer, Die Alternative Liste Graz (ALG) — Das Versagen der alten Partei und die neue Wahlbewegung: Kontrast (Zeitschrift für Gesellschaft und Politik, hg. vom AHLB Steiermark im ÖCV) 1982, Heft 2, S. 10f (11); „Von Zwentendorf zur Alternativen Liste Graz: Die Kampagne für und gegen die Atomenergie hat einen großen Schub in der Fähigkeit zur politischen Selbstbestimmung und Mitentscheidung gebracht. Quer durch die politischen Lager hindurch wurde an diesem exemplarischen Fall die Erfahrung gemacht, daß Widerstand möglich ist. Seither ist in den vielen, graswurzelhaft anwachsenden Alternativgruppen ein größeres Selbstvertrauen spürbar.“

4) Vgl. Uhrwurm 5 (Dezember 1981), S. 24.

5) Vgl. Steirische Landtagswahl: Von Königen und kritischen Erzherzögen, Uhrwurm 3 (September 1981), S. 30f.

6) Übel groß — Übel klein, da muß uns ja Übel sein, Uhrwurm 4 (November 1981), S. 81 (9).

7) Vgl. die Berichte der Grazer Lokalpresse (Kleine Zeitung, Tagespost, Neue Zeit, Steierkrone) am 6. und 7. 11. 1981.

8) Dazu Teil 6.

konstituierende Sitzung, und mit der Hinterlegung der Satzung beim Innenministerium am 8. 6. 1982⁹⁾ erlangte die ALG auch Rechtspersönlichkeit als politische Partei. Der Status einer politischen Partei wurde nach einigem Zögern — schließlich versteht sich die ALG als „Anti-Partei“ — aus reinen Zweckmäßigkeitserwägungen gewählt: Es war die leichteste Art, juristische Person zu werden.⁸⁾

Von allem Anfang an war eine Kandidatur bei den Gemeinderatswahlen geplant:¹⁰⁾ Die ALG wollte dem alternativen „Standbein“, den außerparlamentarischen Initiativen und Gruppen, ein „Spielbein“ im Gemeinderat hinzufügen.¹¹⁾ Das gelang bei den Grazer Gemeinderatswahlen im Jänner 1983 auf Anhieb — die ALG gewann 7 % der Stimmen und damit 4 von 56 Mandaten.

2. 2. „Das Entstehen grüner und alternativer Wahlbewegungen ist nicht, wie konformistische Medien es oft darstellen — auf ziellose Unzufriedenheit und modische Protesthaltung zurückzuführen; vielmehr treffen hier zwei Entwicklungen zusammen: 1. die zunehmende Einsicht in das Versagen und in die Machtstrukturen der alten Parteien; 2. ein vielfältiges Neubeginnen von verschiedenen Initiativgruppen in verschiedenen Lebensbereichen. Diese vielfältigen Neuansätze, nennen wir sie die Alternativenbewegung — können offenbar von den alten Parteien nicht mehr aufgegriffen und in eine Richtungsänderung umgewandelt werden. Trotz „grüner“ Rhetorik nehmen zerstörerische Tendenzen in unserer Wirtschaft und Gesellschaft überhand. Das erzeugt als Gegenwehr die neue Wahlbewegung.“¹²⁾

Als Motivation für die Formierung als eigenständige politische Kraft tauchen immer wieder zwei Hauptmotive auf: Als erstes politische Notwehr gegen Fehlentwicklungen — zunächst ganz allgemein und beispielsweise benannt: „Großtechnik“, „Großbürokratie“, „Herrschaft des Autos“, „Müll- und Abfallflut“¹²⁾, „Ruinierung der Ökologie“, „Aufrüstung und Militarisierung“²⁾. Das zweite Element ist der zunehmende Gestaltungswillen der in verschiedenen themenbezogenen Gruppen Aktiven, die aber unter den herrschenden Verhältnissen keine Möglichkeit der Verwirklichung ihrer Wünsche sehen: „Wir lassen uns nicht länger in den Sachzwinger einsperren. Wir wollen nicht mehr den aussichtslosen Marsch durch die Institutionen gehen und uns dort mit den erstarrten Parteiapparaten herumschlagen.“¹³⁾ Gerade das zweite Element wird oft unterschätzt: Die ALG ist keine (ausschließliche) Protestpartei — das unterscheidet sie auch von manchen anderen „grünen“ Gruppen.¹⁴⁾

3. Der Bürger als Bürgerschreck — die Sozialstruktur der ALG

„Aktivisten aus Grazer Bürgerinitiativen (Stadtteilinitiativen, Anti-AKW-Gruppen, Verkehrsgruppen, Dritte-Welt-Initiativen, Friedensleute etc.)“, „eine bunte lebendige Mischung aus alten „Bürgerinitiativ-Kämpfern“, Hausfrauen

9) Siehe ALG-Info Nr. 5 (Juli/August 1982), S. 2.

10) Vgl. z. B. Peter Pritz, Strategische Anmerkungen zur ALG, ALG-Info Nr. 1 (Jänner 1982), S. 6f.

11) So z. B. Erich Kitzmüller — s FN 2 — 29: „Die ALG kann das Spielbein der Alternativenbewegung in der Öffentlichkeit sein, das Standbein bleibt sicher in den einzelnen Initiativgruppen.“

12) Erich Kitzmüller/Karl Pfeifer — s FN 3 — S. 10.

13) Die Alternativen sind da, ALG-Info Nr. 1 (Jänner 1982), S. 2.

14) Z. B. von der „Grünen Mitte Österreichs“, die ebenfalls bei den Grazer Gemeinderatswahlen 1983 kandidierte, aber kein Mandat gewann.

und Studenten/innen bis hin zu ganz „normalen Unzufriedenen“¹⁵⁾, so sieht sich die ALG selbst. Unser Fragebogen ergab dazu einige Bestätigung, aber insgesamt ein weniger buntes Bild.

Die ALG besteht zunächst fast ausschließlich aus jungen Leuten: 49 %¹⁶⁾ sind zwischen 20 und 29, 37 % zwischen 30 und 39 Jahren alt. Mit rund zwei Drittel (69 %) sind die Männer auch hier überrepräsentiert.¹⁷⁾ Das Bildungsniveau ist sehr hoch — 53 % haben die Matura, 39 % ein abgeschlossenes Hochschulstudium.¹⁸⁾ Fast die Hälfte (47 %) ist nicht berufstätig: Mit 33 % aller ALGler stellen die Studenten/innen den Hauptteil dieser Gruppe (neben Hausfrauen — 8 % — sowie vereinzelt Pensionisten und „Pfuschern“). Von den Berufstätigen stellen allein die öffentlich Bediensteten die Hälfte (30 % aller ALGler). Darunter sind viele Lehrer. Nimmt man nun Studenten, Schüler, Lehrer und Hochschulangestellte zusammen, ergibt sich mehr als die Hälfte (53 %), die somit im Bildungsbereich tätig ist. Arbeiter gibt es bislang nicht, Angestellte kaum.

Mit dem großen Anteil der Nichtberufstätigen hängt natürlich auch die Einkommensverteilung zusammen: Rund die Hälfte (49 %) verfügt über kein Einkommen oder verdient nicht mehr als öS 5.000,—. 18 % verdienen zwischen öS 5.000,— und öS 10.000,—, ebensoviele zwischen öS 10.000,— und öS 15.000,—, 16 % zwischen öS 15.000,— und öS 20.000,— (immer netto) und niemand mehr.

Fast alle (90 %) waren auch schon vor dem Kontakt mit der ALG politisch aktiv und sehr viele (82 %) haben sich dabei auch unkonventioneller politischer Aktionsformen (z. B. Demonstration, Unterschriftensammlung u. ä.) bedient.¹⁹⁾

15) Wer sind wir? ALG-Flugblatt zur Gemeinderatswahl, Dezember 1982.

16) Alle Prozentwerte beziehen sich auf die Gesamtheit der Plenumsteilnehmer ohne erstmalige Besucher; Differenzen auf 100 % erklären sich aus unvollständiger Ausfüllung der Fragebögen.

17) Zu diesem Problem Teil 6.

18) Zieht man den hohen Anteil an Studenten in Betracht, von denen meist ein Studienabschluß zu erwarten ist, müßte das Bildungsniveau noch höher werden.

19) Untersucht wurde die Beteiligung an folgenden „konventionellen“ (I.) und „unkonventionellen“ (II.) politischen Verhaltensweisen (Kategorien und gesamtösterreichische Vergleichswerte nach Urbas, in: Leopold Rosenmayer (Hrsg.), Politische Beteiligung und Wertwandel in Österreich (1980) 29, 59); Werte in %:

	ALG-Plenums- teilnehmer (ohne erstmalige Besucher)	ALG-„Kern- “ (s. weiter unten im Text)	öster. Bevölkerung
I.			
Lesen des politischen Teils von Zeitungen	88	93	58
über Politik diskutieren	92	100	44
versuchen, Freunde für die eigenen politischen Ansichten zu gewinnen	59	67	17
politische Versammlung oder Kundgebung besuchen	57	73	18
mit anderen in der Gemeinde zusammenarbeiten	33	27	14
mit Politikern sprechen oder Kontakt aufnehmen	29	40	12
Zeit für Parteiarbeit oder Wahlkampf aufwenden	16	20	6
II.			
Unterschriftensammlung	59	73	34
genehmige Demonstration	63	73	6
Boycott	14	7	2
Weigerung, Mieten usw. zu zahlen	8	7	1
wilde Streiks	2	0	1
Gebäude besetzen	12	13	0
Verkehr aufhalten	20	27	1
Parolen an Mauern schreiben	14	20	1
Sachwerte beschädigen	2	0	0
Gewaltanwendung gegen Personen	0	0	0

(Ehemalige) Parteimitglieder sind eher selten (12 %); viele dagegen (47 %) kommen aus Interessenverbänden (Gewerkschaft etc.), vor allem aber anderen politisch orientierten Vereinigungen (z. B. „Amnesty International“ oder „Erklärung von Graz“). Der Anteil an Bürgerinitiativlern ist nicht so hoch (16 %) — eine Bestätigung dafür, daß die ALG aus den „Bürgerinitiativen der 2. Generation“²⁰⁾ hervorgegangen ist.

Mehr als die Hälfte (55 %) hielt die Unterscheidung von politischen Einstellungen nach den Merkmalen „links“ — „rechts“ für sinnlos. Der Rest ordnete sich (nicht die ALG) auf einer Skala von —5 (extrem links) bis +5 (extrem rechts) durchschnittlich bei —1,9 ein, also deutlich im „Links-“bereich.

Für den „Kern“ der ALG — das sind jene 15 Personen, die eine offizielle Funktion (z. B. Vorstandsmitglied, Mandatar, Mitglied des Verhandlungsteams für die Bürgermeisterwahlen u. ä.) innehaben (bzw. hatten) und/oder sich als Mitglied des „innersten Kreises“ der ALG bezeichneten²¹⁾ — gelten im wesentlichen die gleichen Werte; kleine Unterschiede ergeben sich bei der Altersverteilung — der ALG-„Kern“ ist ein bißchen älter — und wohl damit verbunden auch beim Bildungsniveau (noch etwas höher) und beim Einkommen (etwas höher).²²⁾ Auch hier ist fast die Hälfte (47 %) nicht berufstätig; der Anteil der öffentlich Bediensteten ist noch höher (40 %). Auch der Grad der politischen Aktivität vor dem Kontakt mit dem ALG liegt etwas über dem Schnitt (93 %); deutlich mehr Mitglieder des ALG-„Kerns“ waren bereits bei Verbänden oder politisch orientierten Vereinigungen (73 %). Die „Links“-„Rechts“-Einschätzung wird noch stärker (zu 67 %) als sinnlos erachtet, die Selbsteinschätzung der restlichen „Kern“-Mitglieder deckt sich genau mit dem allgemeinen Ergebnis.

Ob die „Links“-Selbsteinschätzung ohne weiteres auf die ALG übertragbar ist, scheint zumindest fraglich.²³⁾ Die Verweigerung der Einordnung ist natürlich auch eine politische Waffe, die die ALG selbst konsequent verwendet hat.²⁴⁾

20) Dazu Beitrag von Marko, Teil 2.

21) Vgl. auch Teil 6.

22) Die Ergebnisse im Vergleich:

	alle Plenumsteilnehmer (ohne erstmalige Besucher)	ALG-„Kern“
Geschlecht: männl.	69 %	67 %
weibl.	31 %	33 %
Alter: unter 20	4 %	7 %
20—29	49 %	33 %
30—39	37 %	47 %
über 40	10 %	13 %
Bildung: weniger als Matura	8 %	7 %
Matura	53 %	47 %
Hochschulstudium	39 %	47 %
monatl. Nettoeinkommen:		
0 — 5.000,-	49 %	47 %
5.000,- — 10.000,-	17,5 %	7 %
10.000,- — 15.000,-	17,5 %	33 %
15.000,- — 20.000,-	16 %	13 %

23) Siehe Teil 4,3.

24) Zum Erfolg dieser Taktik vgl. Teil 8.

Eines zeigt die Sozialstruktur der ALG jedenfalls deutlich: Es handelt sich bei ihr nicht um ein diffuses Protestpotential oder eine Volksbewegung, sondern um eine bestimmte — nämlich gut bürgerliche — Bevölkerungsgruppe, die in neuer Form politisch aktiv wird. Die meisten ALGler sind, was Bildung und Verfügbarkeit über ihre Zeit anbelangt, gegenüber der restlichen Bevölkerung privilegiert. Durch diese Tatsache gewinnt das Eintreten der ALG für Minderheiten und Randgruppen — das „solidarische Prinzip“ — einen besonderen, legitimatorischen Stellenwert. Andererseits ist die Sozialstruktur der ALG wohl auch einer der Gründe für ihre Schwierigkeiten im Wirtschaftsbereich und bei der seit langem gewünschten Zusammenarbeit mit (Teilen) der Gewerkschaft.²⁵⁾

4. Was will die ALG? — Grundsätze und Programme

„Bloßfüßig ist schön. Aber hierzulande ist es bisweilen frostig, da wird ein wenig analytische Arbeit und ein Mindestmaß an vereinbarter innerer Verfassung als verlässliches Widerlager der Kreativität eher guttun.“²⁶⁾

In diesen Sätzen findet sich die Einstellung der ALG zur Theorie gut wieder: Sie ist ein Übel — aber ein notwendiges; „ein wenig“ davon muß man sich antun.²⁷⁾

Ganz so wenig war es dann gar nicht: Mittlerweile gibt es neben den vier, von den deutschen „Grünen“ übernommenen²⁸⁾ Grundsätzen „basisdemokratisch“, „ökologisch“, „solidarisch“ und „gewaltfrei“ eine ganze Reihe von Programmen mit Zielvorstellungen und Forderungen in den verschiedensten Bereichen der Politik.

4.1. Von den Grundsätzen her ist die ALG sicher eine „postmaterialistische“ Gruppe — ein Befund, der durch unseren Fragebogen bestätigt wurde: 96 % aller ALG-Plenumsteilnehmer (ohne erstmalige Besucher) und 93 % der „Führungsgruppe“ wären nach dem Inglehartschen Index²⁹⁾ als „Postmaterialisten“ zu bezeichnen.³⁰⁾

Die Grundsätze der ALG zeichnen aber auch bereits wesentliche Tätigkeitsbereiche und die Form ihrer Politik vor. „Ökologisch“ bedeutet mehr als Umweltschutz: eine „Wirtschafts- und Lebensweise, die sich an den Bedürfnissen der Menschen und nicht am Profit orientiert, die ökologischen Grenzen der Natur respektiert und mit den Reichtümern der Erde sparsam umgeht“.³¹⁾ Das hat Konsequenzen für viele Bereiche: Kreislaufwirtschaft statt Abfallwirtschaft,

25) Zum solidarischen Prinzip vgl. Teil 4.1.; zur Gewerkschaft Otto Hwaletz, Gewerkschaften — Alternative Liste: ein Gegensatz? 1000 Seiten Programm-Magazin (Beilage zum ALG-Info Nr. 8) S. 39f.

26) Erich Kitzmüller — s. FN 2 — S. 29.

27) Neben anderen Merkmalen (z. B. die Rolle der Frauen, der geringe Stellenwert der Literatur für die politische Arbeit, das Ignorieren der Universität als Ort der politischen Auseinandersetzung) unterscheidet auch ihre Praxisbezogenheit die ALG von der Studentenbewegung.

28) Mit einer Veränderung: Statt „sozial“ heißt es „solidarisch“.

29) The silent revolution (1977), S. 262ff, 399f.

30) Unter der österreichischen Bevölkerung gibt es dagegen nur 5 % Postmaterialisten (Stoffel, in: Rosenmayer — s. FN 19 — S. 121).

31) Jetzt gibt es eine neue politische Kraft in unserer Stadt, ALG-Dreifalter (Selbstdarstellung, Juni 1982).

Müllvermeidung statt Müllbeseitigung, überschaubare Einheiten statt Großtechnologie, menschenfreundliche Verkehrs- und Stadtplanung heißen einige Stichworte.

„Basisdemokratisch“ steht für den Wunsch nach einer Erneuerung der Demokratie und des politischen Lebens: „Vorrang für kleine Einheiten, wo immer dies möglich ist“, Mitbestimmung durch Selbstverwaltung in Betrieben, Wohnvierteln und Regionen³³⁾ — Ansprüche, denen die ALG zunächst auch inner-„parteilich“ gerecht zu werden versucht: Öffentlichkeit aller Sitzungen, Teilnahme aller Betroffenen an allen Entscheidungen, „imperatives Mandat“, „Rotationsprinzip“ und eine Bezügebeschränkung für ALG-Mandatare sind im Statut verankert³²⁾ und werden auch als Forderungen an die anderen Parteien und die Stadtverfassung erhoben. Die ALG versteht sich nicht als selbstgenügsame Partei, sondern als „Teil der Alternativenbewegung“²⁶⁾, als Sammelbecken für Bürgerinitiativen, politisch interessierte Gruppen und Einzelpersonen, als „kommunalpolitischer Feuermelder für Aktivbürger und Bürgerinitiativen gegenüber der (ohn)mächtigen Rathauspolitik“¹⁵⁾, eben als „Spielbein“: „Sie will sich nicht an die Stelle der vielfältigen Alternativgruppen setzen, sondern diesen eine Möglichkeit geben, über einen politischen Hebel ihre Anliegen glaubhaft zu vertreten.“³³⁾

Der Bürger soll also die Politik, die ihm von den Parteien „weggenommen“ wurde, wieder selbst in die Hand nehmen — verstärkte direkte Einflußnahme soll das ausufernde repräsentative Element unserer Demokratie wieder unter Kontrolle bringen bzw., soweit möglich, überhaupt ersetzen.

Wer ist nun eigentlich die „Basis“, auf die man sich immer beruft — die Betroffenen? Die Plenumsteilnehmer? Die Aktivgruppen? Gar die Wähler? In der Theorie wird das nicht recht klar, im alltäglichen Sprachgebrauch sind es wohl die Plenumsteilnehmer. Auf die Möglichkeit aber, daß die eigenen Aufrufe ernst genommen werden und einmal ein paar hundert Teilnehmer zu einem Plenum kommen würden — und damit auf eine Situation, die konsequenteres Denken in der Frage „repräsentative oder Basisdemokratie“ verlangen würde — ist die ALG jedenfalls nicht vorbereitet.

„Solidarisch“ möchte die ALG sein, weil „das Konkurrenzprinzip, der Kampf jeder gegen jeden, . . . nicht die letzte Stufe menschlicher Entwicklung sein“³¹⁾ kann. Daher ist auch das Eintreten für sozial Schwache und Minderheiten Grundsatz:

„Die ALG wird aus dem Einsatz für die einzelnen Minderheitsanliegen zu einem allgemeineren Engagement gedrängt. Denn die gesellschaftliche Zerstörungsapparatur drückt immer mehr von uns an den Rand, marginalisiert uns, und als Minderheiten vertreten wir zunehmend ein verallgemeinerungsfähiges, das allgemeine Interesse.“³⁴⁾

32) Siehe Teil 5.

33) Erich Kitzmüller/Karl Pfeifer — s. FN 3 — S. 10;

Trotz dieses Bekenntnisses kann nicht übersehen werden, daß die ALG einen starken Sog auf viele der Bürgerinitiativen und Aktivgruppen ausübt und daß manche von ihnen (z. B. die „Erklärung von Graz“ oder die „Arbeitsgemeinschaft für alternative Verkehrspolitik“), die vor der ALG sehr aktiv waren, dahinsiechen oder sanft entschlummert sind, weil die Leute, die sie trugen, nun bei der ALG tätig sind.

34) Erich Kitzmüller — s. FN 2 — S. 29.

Praktisch bedeutet das die Unterstützung von Fußgängern und Radfahrern, Frauen, Straßenkünstlern, benachteiligten Stadtbezirken, Sandlern, Kranken, Homosexuellen und Lesben und ähnlichen Gruppen.

„Gewaltfrei“ schließlich bezeichnet das Ziel der ALG, daß „Gewalt in allen Formen verringert wird, sowohl nach außen wie nach innen, sowohl die Gewalt, die in ungerechten Strukturen liegt, wie die direkte Gewalt“.³¹⁾³⁵⁾ Aber „Gewaltfreiheit verlangt keine Passivität gegenüber Unrecht und Herrschaft. Sie ist kein Verschleiern und Verdrängen von Konflikten, sondern das Austragen von Konflikten mit friedlichen Mitteln“.³¹⁾ Der letzte Satz steht in direktem Zusammenhang mit der ausgeprägten Neigung der ALG zu unkonventionellen Formen der Politik: Besetzungen von Straßen, Überkleben von Plakaten³⁶⁾ und ähnliches wird als legitimes Mittel betrachtet, um politische Forderungen durchzusetzen — und auch fleißig angewendet. Immerhin konnten sich ein Drittel der ALG-Plenumsteilnehmer (ohne erstmalige Besucher) vorstellen, unter außergewöhnlichen Umständen an einer politisch motivierten Sachbeschädigung teilzunehmen; Gewaltanwendung gegen Personen dagegen konnten nur 3 Personen (6 %) unter außergewöhnlichen Umständen billigen, während 90 % das unter allen Umständen ablehnten.³⁷⁾

35) Damit ist die ALG „selbstverständlich Teil der weltweit sich entfaltenden Friedensbewegung“ (Dreifalter — s. FN 31).

36) Dazu z. B. Sprechblasenwahlkampf ärgert die großen Parteien! Steirerkrone 20. 10. 1982, In Graz tobt nun der „Pickerkrieg“, Kleine Zeitung 18. 1. 1983, Nichts zu tun, Leserbrief der ALG, Kleine Zeitung 24. 12. 1982.

37) Die Bereitschaft zur Beteiligung an „unkonventionellen“ politischen Verhaltensweisen in Prozent (Kategorien und gesamtösterr. Vergleichswerte nach Urbas — s. FN 19):

	Unterschriftensammlung	genehmigte Demonstration	Boycott	Weigerung, Mieten usw. zu zahlen	wilde Streiks	Gebäude besetzen	Verkehr aufhalten	Parolen an Mauern schreiben	Sachwerte beschädigen	Gewaltanwendung gegen Personen
ALG Plenumsteilnehmer (ohne erstmalige Besucher)										
— Beteiligung bei wichtiger Sache	88	90	65	35	16	28	53	24	2	0
— unter außergewöhnlichen Umständen	6	6	28	41	61	53	33	33	33	6
— unter keinen Umständen	2	0	0	4	10	8	4	28	43	90
— keine nicht, kann mich nicht entscheiden, keine Antwort	4	4	7	20	19	11	10	15	21	4
ALG-„Kern“										
— Beteiligung bei wichtiger Sache	80	100	80	60	27	33	80	27	7	0
— unter außergewöhnlichen Umständen	7	0	13	33	60	53	20	40	40	7
— unter keinen Umständen	7	0	0	0	7	7	0	27	40	80
— keine nicht, kann mich nicht entscheiden, keine Antwort	6	0	7	7	6	7	0	8	13	13
Österr. Bevölkerung										
— Beteiligung bei wichtiger Sache	31	21	12	5	3	2	5	1	1	1
— unter außergewöhnlichen Umständen	10	17	15	11	11	8	14	4	2	3
— unter keinen Umständen	14	43	46	61	71	72	68	82	86	84
— keine nicht, kann mich nicht entscheiden, keine Antwort	12	12	25	22	15	17	12	12	11	12

4.2. Die „Programme“ der ALG zu den einzelnen Bereichen sind in Quantität und Qualität sehr unterschiedlich. Zu manchen Themen hat die ALG detaillierte Vorstellungen entwickelt (z. B. Verkehr, Umweltschutz, Politikerprivilegien, Stadtrechtsreform); zu anderen Bereichen hat sie zwar ein „Programm“, aber noch kaum Ideen, die über die allgemeinen Grundsätze hinausgehen (z. B. Wirtschaft³⁸); und letztlich gibt es Bereiche, in denen die ALG von Anfang an gearbeitet hat und wo eine lange und intensive Meinungsbildung stattgefunden hat, ohne daß das einen Niederschlag in einem ausdrücklichen „Programm“ gefunden hat (z. B. Energie).³⁹

Schwerpunkte bilden die Bereiche Umwelt, Energie, Verkehr, Stadtrechtsreform, Altstadt- und Wohnungspolitik, die sich auch im Forderungsprogramm der ALG zu den Verhandlungen über die Wahl des Bürgermeisters im Februar 1983 wiederfanden.⁴⁰

4.3. Trotz aller Lücken, Unterschiedlichkeit und Zufälligkeit der Programme lassen sich einige Züge an ihnen ausmachen, die allgemein gelten. Zunächst zieht sich die Forderung nach größerer Beteiligung der Betroffenen an allen Entscheidungen wie ein roter Faden durch alle Programme: Wahl der Bezirksvorsteher, Einrichtung von Bezirksparlamenten, Mitsprache der Eltern in der Schule, der zukünftigen Wohnungsbenutzer in Wohnbaugesellschaften, selbstverwaltete Betriebe, Einrichtung von Patientenschutzorganisationen, Kontrolle durch unbeschränkte Akteneinsicht aller Gemeinderäte und ähnliches wären die Konsequenz der Verwirklichung des ALG-Werbespruchs „Wir mischen uns jetzt ein“.

Verbunden damit ist die Forderung nach Öffentlichkeit aller Entscheidungen und ihrer Grundlagen: Öffentliche Stadtsenats- und Ausschußsitzungen, Vergabe von Wohnungen nach einem öffentlichen Punktesystem, Veröffentlichung aller Subventionen aus Steuermitteln, Veröffentlichung der Einkommens- und Vermögensverhältnisse der Stadtpolitiker, der Koalitions- und Zusammenarbeitsübereinkommen der Parteien im Gemeinderat, von jährlichen Umweltschutzberichten, einer gesamtwirtschaftlichen Kosten-Nutzen-Rechnung für die Grazer Fernwärmeversorgung usw.

Die ALG möchte — und das ist wohl der Kern ihrer Ideologie — eine andere Art Staat. Das bedeutet, daß es ihr nicht unmittelbar um „mehr“ oder „weniger“ Staat geht: Einerseits fordert die ALG ja die Überprüfung der Rück-

38) In diesem Punkt hängt das wohl mit der Sozialstruktur der ALG (s. Teil 3.) zusammen.

39) Derzeit (1. 4. 1983) gibt es ausdrückliche „Programme“ zu den Bereichen Wirtschaft (ALG-Info Nr. 9), Verkehr und Wohnen. Ihr Vorgänger war der „Knüller“, „Das 1000-Seiten-Programm-Magazin“ als „Gratis-Sonderbeilage“ zum ALG-Info Nr. 8, das nach der Warnung „Vorsicht! Nicht alles glauben! Noch keine ALG-gemeine Meinung“ außerdem Programmvorschlüsse zu den Themen Gemeindedemokratie, Politikerprivilegien, Müll, Energie, Behinderte, Kinder, Schule und Gesundheit enthält; weiters gibt es Vorschläge der Arbeitskreise zum Thema Frauen und Soziale Verteidigung.

40) Eine zusammenfassende Übersicht dieser Forderungen (der sogenannten „Checkliste“) und der Stellungnahmen von ÖVP und SPÖ dazu findet sich im ALG-Info Nr. 15, S. 3f und in der Kleinen Zeitung vom 8. 3. 1983.

führung kommunaler Betriebe in selbstverwaltete Einheiten, die Aufhebung der Reglementierung von Straßenmusik, -kunst und deren Verkauf, die Beseitigung bürokratischer Hindernisse für selbstorganisierte Kindergärten, Kulturinitiativen, Alternativschulen, Freiraum für Eigenleistung beim öffentlichen Wohnbau u. ä. Andererseits soll der Staat z. B. sexistische Werbung verbieten, die Erzeugung von ökologisch schädlichen Produkten verhindern, verstärkt Umweltschutz betreiben und kontrollieren, mehr Wohnungen bauen und instandsetzen, den öffentlichen Verkehr ausweiten sowie die Gründung selbstverwalteter Betriebe, alternativer Energieumsetzungsformen, gemeinnützige Wohnungsvermittlungsstellen, Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaften und vieles andere mehr fördern.

Statt um „mehr“ oder „weniger“ Staat geht es um eine Verlagerung von staatlichen Aufgaben: Bestimmte Funktionen — vor allem die Kontrolle der Wirtschaft — sollen dem Staat erhalten bleiben oder sogar ausgeweitet werden; andere aber in gesellschaftliche Selbstverwaltung überführt werden. Was das ist und wie das funktioniert, bleibt allerdings im unklaren. Die Utopie⁴¹ — nicht das unmittelbare Ziel — die man verfolgt, ist wohl der möglichst weitgehende Ersatz des Staates durch gesellschaftliche Selbstverwaltung und damit „weniger“ Staat; das hängt auch mit Sympathien für anarchistische Vorstellungen zusammen, die sich bei vielen ALG-Leuten feststellen lassen.⁴²

Voraussetzung aller dieser Forderungen ist jedenfalls das Bild eines politisch allseits interessierten und informierten Bürgers, der seine Umgebung aktiv gestalten möchte und dafür auch viel Zeit zu opfern bereit ist: Das ist aber nichts anderes als eine etwas verklärte Beschreibung eines typischen ALG-Mitarbeiters. Weil nun dieser Anspruch selbst von diesen kaum erfüllbar ist (von denen ja die Hälfte nicht berufstätig ist), hat auch die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung im ALG-Programm eine Bedeutung, die über die bloße Umverteilung von Arbeit weit hinaus geht: Sie schafft erst die Voraussetzung für allgemeine Basisdemokratie. So realitätsfern vieles dieser Vorstellungen auch klingen mag: In ihrem Eingehen darauf, was die Menschen tun sollen und können, wenn der Anteil der Arbeit zurückgeht, ist die ALG jedenfalls den traditionellen Parteien einen Schritt voraus.

Ob die ALG-Ideologie nur als „links“ oder „rechts“ einzuordnen ist, kann man, wenn man das möchte, sich wahrscheinlich aussuchen. Die ALG-Forderung nach Besteuerung leerstehender Wohnungen wäre nach dem hergebrachten Verständnis „links“, die Forderung nach Reduzierung von Politikerprivilegien „klassisch-liberal“, die nach Bevorzugung des Klein- und Mittelgewerbes bei der Altstadtsanierung „rechts“.

41) „Das schlimmste an den alten Parteien ist, daß in ihnen nichts mehr brennt, daß sie tot sind, keine Utopie mehr vor sich hertragen oder ihr nachgehen. Utopie ist das Salz der politischen Arbeit.“ (Peter Pritz in unserem Gespräch.)

42) Das äußert sich z. B. in der im Plenum gestellten Frage, ob man nicht den Bürgermeister einfach abschaffen könne oder in Äußerungen wie: „Für mich ist es die größte Freude, den Staatsapparat ein bißchen zum Knirschen zu bringen.“ (Günther Tischler in unserem Gespräch.)

Geht man nicht von einzelnen Forderungen, sondern von Grundhaltungen aus, kommt man auch nicht zu einem klaren Ergebnis: Das tiefe Mißtrauen der ALG gegenüber der Privatwirtschaft etwa teilt sie mit „Linken“, das konsequente Eintreten für Eigenleistung auch im sozialen Bereich mit „Rechten“. Wir verzichten daher auf eine Einordnung.

Noch ein allgemeines Merkmal läßt sich aber an den Programmen der ALG feststellen: Selbst die Theorie ist praktisch. Alle Programme münden in Forderungen, d. h. Handlungsanweisungen. Was zählt, ist, was getan wird; Programme allein haben keinen Wert. Der pragmatische Zug ist wohl eine der ganz grundlegenden Eigenschaften der ALG, und er findet sich schon im ersten ALG-Info ganz ausdrücklich betont:

„Auf Bücher und Hochglanzbroschüren der tausend schönen Worte werden wir verzichten. Davon gibt's ohnehin genug. Wir werden unsere Ziele vielmehr über direkte Aktion ins Feld der politischen Auseinandersetzung hineinbringen.“⁴³⁾

5. „In der Aktion die Leidenschaft am Politischen wecken“ — die Tätigkeit der ALG nach außen

In ihren Programmen unterscheidet sich die ALG gar nicht so grundlegend von den traditionellen Parteien. Viele ALG-Punkte finden sich auch in deren „Konzepten“ oder „Ideen“-Broschüren.⁴⁴⁾ Überblickt man aber die Formen, in denen die ALG in der Öffentlichkeit auftritt, spürt man gerade hier den Unterschied, das Neue dieser Gruppe. Diese Formen der politischen Aktivität sind auch kein Detail — im Gegenteil: Ganz wesentliche Elemente der Ideologie der ALG sind darin verpackt.

Zwar gibt es immer wieder — wie bei anderen Parteien auch — Pressekonferenzen und -aussendungen; zwar hat die ALG im Wahlkampf auch ein paar (10) Miniplakatständer gemietet; zwar hat man es auch mit einem (1) Zeitungsinsert⁴⁵⁾ versucht. Aber alles das steht nicht im Mittelpunkt. Zentrum aller ALG-Aktivitäten ist die „direkte Aktion“.

Die spektakulärste dieser Aktionen war wohl die Besetzung des Grazer Landhaushofes, um seinen weiteren Mißbrauch als Parkplatz für Landesangestellte zu verhindern.⁴⁶⁾ Die Sache hatte Erfolg und machte die ALG in der Stadt bekannt. Ähnliche Aktionen in regelmäßigem Abstand waren seit Grün-

43) Peter Pritz — s. FN 10 — S. 6.

44) „Was uns trennt, sind nicht so sehr Programme. Wer wird nicht zustimmen, daß alle Verhältnisse umgestürzt werden sollen, in denen Menschen unmündig gehalten sind? Wer wird nicht dem Vorrang der Arbeit zustimmen? Niemand soll die anderen für sich ausnützen. Aber ist das die Praxis in den Parteien?“ (Erich Kitzmüller — s. FN 2 — S. 29.)

45) Privilegien abschaffen statt einfrieren, Kleine Zeitung vom 9. 1. 1983.

46) Vgl. Die Alternative Liste Graz übergibt den freien Landhaushof den Grazern, ALG-Info Nr. 4 und die Berichte in der Lokalpresse am 18. 6. 1982.

dung der ALG ihre Haupttätigkeit: Das Abladen von leeren Milchpaketen vor dem Milchhof als Protest gegen die Verschwendung von Verpackungsmaterial;⁴⁷⁾ Straßenbahnfahrten mit Kinderwagen, Rollstühlen, Schiern und Grabkränzen, um auf die kinder- und behindertenfeindlichen Beförderungsbestimmungen der Grazer Verkehrsbetriebe hinzuweisen;⁴⁸⁾ eine „Scheinhausbesetzung“ in der Altstadt, um darauf aufmerksam zu machen, daß das Land immer mehr Wohnungen in der Innenstadt zu Büros macht;⁴⁹⁾ das Abladen von giftigem Klärschlamm aus einer Grazer Großkläranlage vor dem Rathaus;⁵⁰⁾ die Absperrung einer Straße durch den Stadtpark, um gegen dessen Zerstörung durch den Autoverkehr zu protestieren;⁵¹⁾ das Servieren von Kaffee und Kuchen durch als Stewards und Stewardessen verkleidete Alternative, verbunden mit Hinweis, daß Straßenbahnfahren in Graz pro Kilometer teurer sei als Fliegen⁵²⁾ usw.

Allen diesen Aktionen ist gemeinsam, daß sie auf der Straße stattfinden, um direkten Kontakt mit der Bevölkerung herzustellen („basisdemokratisch“). Sie erregen Aufmerksamkeit durch einen theatralischen Zug: Es ist immer „etwas los“. Ihre politische Rhetorik ist — zumindest für Grazer Ohren — ungewöhnlich: „Dieses Haus ist besetzt — von der Landesregierung“⁴⁹⁾ hieß eine Parole; „Helft den Grazer Politikern! Wählt sie ab!“⁵³⁾ eine andere. Sie sind medienwirksam: Auch als die ALG noch kein „etabliertes“ Thema in den Grazer Zeitungen war, gelang es ihr oft, zumindest mit einem Bild „unterzukommen“⁴⁶⁾⁴⁸⁾⁴⁹⁾⁵²⁾ — eine wesentliche Voraussetzung für den späteren Wahlerfolg.

Die meisten Aktionen verstoßen gegen irgendwelche Vorschriften und sind somit (begrenzte) Regelverletzungen; aber alle „Besetzungen“ und „Blockaden“ werden mit dem Werben um Sympathie verbunden („gewaltfrei“): Man verteilt Kaffee und Flugzettel und versucht im Gespräch mit Passanten Verständnis für die Aktion zu erzeugen; nur einmal kam es beinahe zu einer Eskalation bei der Sperrung der Einfahrt eines Teils des Stadtparks, der als Parkplatz für Landesbedienstete verwendet wird⁵⁴⁾ — Grund genug für die ALG, einen Arbeitskreis für Gewaltfreiheit einzurichten. Die meisten dieser Aktionen bestreitet die ALG nicht allein, sondern sie verbündet sich dazu mit anderen interessierten Gruppen: z. B. den Arbeitsgemeinschaften Luft-Lärm, Müllvermeidung, Zivildienst, dem „Bürgerforum“, diversen Bürgerinitiativen, den „Frauen für den Frieden“ und vielen anderen („solidarisch“).

47) Vgl. Wer Mist sät, wird Mist ernten. Uhrwurm 9 (Juni 1982), S. 6.

48) Vgl. GVB: Platz machen für die Kinderwagen, Kleine Zeitung vom 18. 8. 1982, Alternativer Schaffner, Neue Zeit vom 19. 8. 1982.

49) Vgl. Altstadtbelebung durch Schreibtische — nein danke! (ALG-Flugblatt, April 1982); Anmerkungen zu den Altstadtaktionen der AL, ALG-Info Nr. 5 (Juli/August 1982), S. 14; Uhrwurm 8 (Mai 1982), S. 2; und die Berichte der Lokalpresse am 25. 4. 1982.

50) Vgl. „Unternehmen Froschkönig“ — wohin mit dem Klärschlamm, Herr Götz? (ALG-Flugblatt, November 1982).

51) Vgl. Aus 6 Stadtparkchen werden 4 Stadtparks, Altstadt-Info Nr. 3 der ALG.

52) Vgl. Sehr geehrte Passagiere (ALG-Flugblatt, Dezember 1982), und „Bordservice“ in der Straßenbahn, Kleine Zeitung vom 22. 12. 1982.

53) Politiker-Privilegien-Packeleien. Filzokratie-Information der ALG, S. 11.

54) Vgl. Pflauegartener von der Landesregierung besetzt (ALG-Flugblatt, November 1982); das selbstfabrizierte Flugblatt „Nie wieder Aggression“ von ALG-Mitgründer und Landesbediensteten (mit Parkberechtigung) Peter Pritz; den Bildbericht zur Aktion „Mehr Stadtpark statt mehr Parkplatz“, Uhrwurm 12 (Dezember 1982), S. 3; und Land bricht eigenes Gesetz, Kleine Zeitung vom 20. 11. 1982.

Letztlich sind die Aktionen der ALG auch billig, weil sie — notgedrungen — finanziellen Aufwand durch Phantasie ersetzen. Die Requisiten (Transparente, Plakate, selbst Schachteln) werden immer wieder verwendet („ökologisch“).

Die Aktionen haben die ALG einerseits bekanntgemacht; andererseits hat ihr die Neigung zu unkonventionellem, politischem Verhalten bei manchen — eher „Rechten“ — den Ruf von „Chaoten“, die nur an der Zerstörung der Demokratie interessiert seien, eingetragen. Typisch dafür sind z. B. die Mutmaßungen des Präsidenten des Landesschulrats für Steiermark, Moser, der hinter dem Erfolg der „Grünen“ einen „meisterhaften Schachzug der Sowjetideologie, um die westlichen Demokratien unregierbar zu machen“,⁵⁵⁾ erblickt. Über solchen Geistesblitzen geht meist unter, daß die ALG zu fast allen Problemen, die sie zum Gegenstand von Aktionen gemacht hat, auch Verhandlungen mit den zuständigen (oder — wie sich sehr oft erwies — auch unzuständigen) Politikern geführt hat.⁵⁶⁾ Erfolg hatten allerdings — wenn überhaupt — nur die Aktionen; das schon allein wegen der größeren Öffentlichkeitswirkung. Dazu kommt noch, daß Aktionen mehr Freude machen — für sie sind die ALG-Mitarbeiter viel leichter zu gewinnen als zu allzu oft frustrierenden Verhandlungen.

Andererseits werfen manche — vor allem „Linke“ — der ALG „blinden Aktionismus“ und ein „Theoriedefizit“ vor.⁵⁷⁾ Der Vorwurf des Theoriedefizits trifft vielleicht zu — vor allem wenn man den Anspruch eines in sich geschlossenen Theoriegebäudes hat: Schließlich finden sich in den Papieren der ALG kaum Vorstellungen zu manchen zentralen Begriffen (z. B. „Basis“, „Selbstverwaltung“). Zum Aktionismus selbst aber gibt es zumindest theoretische Ansätze; so schreibt der spätere ALG-Mitgründer Peter Pritz schon 1979 zum Thema „Die Überwindung des Gegensatzpaares Theorie/Praxis durch konkrete Aktion“:

„In der (begrenzten) politischen Aktion kann das Ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse begriffen werden, so wie auch eine Spiegelscherbe das Gesamtbild und nicht etwa nur ein Teilbild des Objektes reflektiert. Beispielsweise haben die Gruppen, die sich in der Zwentendorf-Sache engagiert haben, entschieden mehr gelernt als nur die Halbwertszeit von Plutonium. Es wurden hautnah die Machtverhältnisse im Staate erfahren, wer den Zugriff zu den Medien hat und wer nicht, schwierige Bündnisfragen waren zu lösen, es wurde sichtbar, daß Experten immer im Spannungsfeld von Interessen agieren — und daß es lohnt, auf die eigene Kraft zu vertrauen. In der Aktion wurde dem grassierenden Konsumismus und der sozialen Apathie entgegengetreten, kann die Leidenschaft am Politischen geweckt werden.“

Auch das gängige Lehrer-Schüler-Verhältnis schwindet und macht einer Pädagogik der Befreiung Platz, bei welcher der Lehrende immer auch ein Schüler und der Schüler durch seine Lebenserfahrung immer auch ein Lehrender ist.⁵⁸⁾

55) Kleine Zeitung vom 11. 10. 1982.

56) Ein Bericht über Verhandlungen zu Altstadtfragen findet sich in: Ein Lehrstück: Warum die Grazer Altstadt verdedet und was man dagegen tun kann. Uhrwurm 11 (November 1982), S. 4f (5).

57) So z. B. immer wieder in Diskussionsveranstaltungen im „Club links“.

58) In der Aktion „die Leidenschaft am Politischen wecken“, in: Politicum (Josef Krainer Haus-Schriften) 1979, Heft 1, S. 17ff (19).

Die „Leidenschaft am Politischen“ ist auch eine gute Beschreibung dessen, was die ALG zusammenhält: Weniger die Theorie ist es — die natürlich für den Grundkonsens in den Werten bedeutend ist — als der elementare politische Gestaltungswillen, das „Sichemischen“, ein Lebensgefühl, das seinen unmittelbarsten, „authentischen“ Ausdruck eben in der Aktion findet.

Ein neues Feld der politischen Tätigkeit hat sich der ALG mit der Wahl von 4 ihrer Kandidaten in den Grazer Gemeinderat eröffnet.⁵⁹⁾ Trotz der „Standbein-Spielbein-Theorie“⁶⁰⁾ hat die Beschäftigung mit dem Gemeinderat die Aktivitäten der ALG seit der Wahl beherrscht — das „Standbein“ scheint eingeschlafen. Wie sich dieses Verhältnis weiterentwickeln wird, ist schwer abzusehen. Die von vielen befürchtete Abwertung des „Parlaments“ durch den Einzug der ALG ist jedenfalls nicht eingetreten — im Gegenteil: zumindest was das Interesse der Bevölkerung anbelangt, hat die ALG den Gemeinderat aufgewertet — so viele Besucher wie bei seiner konstituierenden Sitzung hatte er seit urdenklichen Zeiten nicht zu verzeichnen.⁶¹⁾

6. Die ALG als „Antipartei“ — Struktur und Willensbildung

Die ALG versteht sich nicht als Partei, sondern als (Teil einer) „Bewegung“.⁶²⁾ Daher wird man ihr auch nicht gerecht, wenn man sich auf die (etwa in der Satzung) formell niedergelegten Entscheidungsprozesse beschränkt. Zu groß ist in vielen Belangen das Auseinanderklaffen zwischen Satzung und Praxis, zwischen „Verfassung“ und „Verfassungswirklichkeit“.

Das hängt wiederum mit dem pragmatischen Zug der ALG zusammen. Bei ihrer Gründung wurde die Satzung zwar lange diskutiert,⁶³⁾ aber schließlich übernahm man mit geringfügigen Abänderungen⁶⁴⁾ das Statut der AL Berlin — das aber natürlich auf ganz andere Verhältnisse zugeschnitten war. So erklärt sich, daß die Satzung der ALG⁶⁵⁾ eine komplizierte Struktur mit Bezirksgruppen und einem Koordinationsausschuß (neben Vorstand und Mitgliederversammlung) vorsieht, die für Grazer Bedingungen — zumindest im Augenblick — völlig überflüssig ist. Wir werden daher im folgenden auf die Satzung der ALG nur im Rahmen des unbedingt Notwendigen eingehen und uns vor allem auf die „Verfassungswirklichkeit“ konzentrieren.

59) Zu Wahl und Wahlkampf vgl den „Vorwahl-Uhrwurm“ 13 (Jänner 1983), S. 4ff; Grazer Gemeinderatswahlen: ein Orkan im Rathaus, Uhrwurm 14 (Februar 1983), S. 8 f; und den Leserbrief von Reinhard Flatz in Uhrwurm 15 (März 1983), S. 2.

60) Siehe Teil 1; ähnlich Günther Tischerler in Uhrwurm 11 (November 1982), S. 27: „Und überhaupt halte ich Wahlen für relativ unbedeutend; ihre Bedeutung wird nur von Politik-Gschäftlern, die ihre Pfründe geschickt verteidigen müssen, krampfhaft hochgespielt! Mir erscheinen direkte Aktionen, etwa nach dem Beispiel des Partito radicale in Italien, viel zielführender!“

61) Vgl. die Berichte der Grazer Tagespresse am 22. 3. 1983.

62) „Wir verstehen uns weiterhin als Bewegung.“ (ALG-Gemeinderätin Doris Pollet in einem Interview mit Uni-aktuell — Zeitschrift der ÖH an der Uni Graz — 1982, Heft 8, S. 5.)

63) Vgl. z. B. Günther Tischerler/Wolf Steinhuber, Warum überhaupt ein AL-Statut, ALG-Info Nr. 2 (März 1982), S. 3.

64) Sie betrafen vor allem die Fragen eines Ausschlusses von Mitgliedern der Doppelmitgliedschaft, die Bezügerelung und die Länge der höchstzulässigen Funktionsperiode für ALG-Amtsinhaber („Rotationsprinzip“).

65) Veröffentlicht in ALG-Info Nr. 2 (März 1982), S. 4f.

Oberstes Organ in Satzung und Praxis ist die Mitgliederversammlung. Sie wird nach Bedarf vom Vorstand schriftlich einberufen und trifft mit einfacher Mehrheit grundlegende Entscheidungen: Beschluß über Programm und Grundsätze, Wahl des Vorstandes, des Schiedsgerichtes und der Kandidaten vor Wahlen, Bindung des Stimmverhaltens der ALG-Gemeinderäte („imperatives Mandat“), Auflösung der ALG und ähnliches.

Das eigentliche „Zentrum“ — und gleichzeitig Ausdruck des basisdemokratischen Prinzips — ist aber das Plenum. Es findet einmal in der Woche statt und ist wie alle anderen ALG-Versammlungen — öffentlich zugänglich. In der Regel nehmen daran rund 40 bis 50 Leute teil, die bei weitem nicht alle Mitglieder der ALG sind: Zu den 4 Plena, die mit unserem Fragebogen erfaßt wurden, kamen insgesamt 27 erstmalige Besucher; von den restlichen 61 Personen, die einen Fragebogen ausfüllten, waren nur 29 (57%) eingetragene ALG-Mitglieder;⁶⁶⁾ 47% der Teilnehmer (ohne erstmalige) gaben an, regelmäßig, 31% hin und wieder das Plenum zu besuchen.⁶⁷⁾

Neben aktuellen Fragen werden auch grundsätzliche Probleme beraten; beides sind meist Vorschläge des Vorstandes oder der Arbeitskreise. Abstimmungen sind äußerst selten, man versucht sie zu vermeiden und redet statt dessen so lang, bis sich eine Übereinstimmung ergibt. Ist das nicht möglich, wird die Sache oft vertagt („Konsensprinzip“). Das hat Vorteile — das Plenum degeneriert nicht zu einer Abstimmungsmaschine, die vorher gefaßte Absichten absegnet, Minderheiten werden nicht einfach „niedergestimmt“ — aber auch Nachteile — schweigende Mehrheiten werden manchmal nicht erkannt, „Einigkeit“ entsteht mitunter eher durch Ermattung als durch Überzeugung. Neben der Willensbildung hat das Plenum die Funktion, die Mitglieder und Interessenten über die Arbeit der übrigen ALG (Vorstand, Arbeitskreise) am laufenden zu halten und bietet auch für Außenstehende die Möglichkeit, einen ersten Eindruck von der ALG zu erhalten.

Ganz reibungslos funktioniert das natürlich nicht: Klagen gibt es darüber, „daß immer nur die gleichen reden“; daß keine Rücksicht genommen werde auf „Neue“ und Leute, die nur hin und wieder zum Plenum kommen und daher ein Informationsdefizit haben; daß nicht regelmäßig Protokolle über die Plenumsbeschlüsse verfaßt werden usw.⁶⁸⁾ Derzeit wird versucht, die Plena stärker in inhaltliche und organisatorische („Lust-“ und „Frustplenum“) zu trennen, um die große zeitliche Belastung der Mitglieder — die ja auch in Arbeitskreisen tätig sein sollen — zu verringern.

Eine Sonderstellung nehmen die Frauen ein: Nachdem man in der ALG der Auffassung ist, daß Frauen im öffentlichen Leben benachteiligt sind⁶⁹⁾ — was

66) Das bedeutet nicht, daß die Nichteingetragenen etwa weniger aktiv wären — selbst von den Mitarbeitern von Arbeitskreisen waren nur zwei Drittel (offizielle) ALG-Mitglieder. Die Tatsache ist nur ein weiteres Indiz für das Auseinanderklaffen von „Verfassung“ und „Verfassungswirklichkeit“ (siehe oben).

67) Der Rest gab keine Antwort.

68) Vgl. z. B. Manfred Hohl, ALG-gemeine Ansichten, Uhrwurm 15 (März 1983), S. 34.

69) Vgl. Wahlen in Graz — und wo bleiben die Frauen? (ALG-Flugblatt, Jänner 1983).

sich auch darin auswirkt, daß auch innerhalb der ALG weniger Frauen aktiv sind — möchte man ihnen bis zur Gleichberechtigung bestimmte Vorrechte einräumen. So hat man ein Frauenplenum geschaffen, das mit Zweidrittelmehrheit Beschlüsse des (allgemeinen) Plenums zu allen Fragen verhindern kann. Von diesem Vetorecht wurde bis jetzt noch nicht Gebrauch gemacht; überhaupt befindet sich das Frauenplenum erst in der Phase, in der es sich in seine Aufgaben finden muß. Vor allem am Anfang war es umstritten: Einige sahen darin eine unnötige Spaltung und Polarisierung der ALG, andere wiederum empfanden es eher als „Spielwiese“, auf der sich die Frauen zwar tummeln konnten, mit deren Einrichtung man aber die Probleme aus dem eigentlich relevanten Bereich verdrängte.⁷⁰⁾ Inzwischen ist es aber wohl als fixer Bestandteil der ALG akzeptiert, wenn auch noch nicht ausdrücklich in der Satzung verankert.

Die inhaltliche Arbeit der ALG wird hauptsächlich von den Arbeitskreisen bestritten. Ihre Größe schwankt zwischen 2 und 15 Teilnehmern, Treffen finden unregelmäßig statt, überhaupt ist ihre Arbeit sehr stark von der persönlichen Initiative einzelner abhängig. Derzeit bestehen Arbeitskreise zu den Bereichen Umwelt, Kultur, Gewaltfreiheit, Müll, Bildung, Frauen, Soziales und Familie, Wohnen, Verkehr, Gesundheit, Wirtschaft, Energie und „Filz“ (Privilegien). Die Arbeitskreise sind es, die Plenumsdiskussionen, Aktionen, Flugblätter, Presseaussendungen vorbereiten, Programmvorschläge zu den einzelnen Bereichen erstellen und Kontakt zu anderen Gruppen außerhalb der ALG halten.

Der Vorstand — keine sehr beliebte Funktion — wird alle paar Monate neu gewählt und hat vor allem Koordinationsaufgaben. Durch die Vorbereitung von Entscheidungen und die Erstellung der Tagesordnung für das Plenum erwachsen ihm aber indirekt auch inhaltliche Kompetenzen. Er besteht aus 6 bis 10 Leuten, die diese Funktion nicht länger als eine Periode hintereinander ausüben dürfen („Rotationsprinzip“). Die 4 Gemeinderäte der ALG, die ja gleichzeitig kein „Amt“ in der ALG innehaben dürfen, werden dem Vorstand als nicht stimmberechtigte Mitglieder beigezogen. Viele Aufgaben, die an sich dem Vorstand zufallen würden, erledigen sich „von selbst“: Finanzen, Anrufbeantwortung im ALG-Lokal, Führung der Mitgliederkartei u. ä. haben einzelne Leute übernommen, ohne formell damit beauftragt worden zu sein. Ein(e) ALG-Sprecher(in) dient weniger als Auskunftsperson, als als Anlaufstelle für die Presse.

Außerdem sieht das ALG-Statut noch ein dreiköpfiges Schiedsgericht zur Schlichtung von Streitigkeiten innerhalb der „Partei“ vor, das zwar gewählt wurde, aber noch nie aktiv werden mußte.

70) Zum Thema „Frauen in der ALG“ Alexandra Bader, Alternative für Österreicherinnen, Uhrwurm 16 (April 1983); S. 30f; der Artikel „Frauenplenum“ im ALG-Info 13, S. 2, der mit dem Aufruf endet: „Liebe Frauen, kommt recht zahlreich zum Frauenplenum, aber bitte auch zu den Arbeitskreisen und zum Mittwochplenum! Wenn wir uns nicht einmischen, dann dürfen wir uns auch nicht beklagen, daß wir übergangen werden!“; schließlich auch die „Grünen Frauen“ von Graz, Steirerkrone, 18. 12. 1982.

71) An ihr nehmen mehr als die Hälfte (53%) der Plenumsbesucher (ohne erstmalige) teil.

Die Gemeinderatskandidaten der ALG wurden in einem längeren Verfahren ausgewählt: Nach einer öffentlichen Ausschreibung⁷²⁾ stellte man nach einem Gespräch im Plenum aus den rund 20 Bewerbern⁷³⁾ (die meisten ohnehin ALG-Insider) ein Team von neun Kandidaten auf, die von einer Mitgliederversammlung gereiht wurden. Das geschah so spät wie möglich, um das Entstehen eines „Spitzenkandidaten“ zu vermeiden.⁷⁴⁾

Die ALG-Gemeinderäte⁷⁵⁾ dürfen diese Funktion nicht länger als eine Periode ausüben („Rotationsprinzip“) und werden dabei nach dem österreichischen Durchschnittseinkommen und ihrem tatsächlichen Arbeitsaufwand entlohnt.⁷⁶⁾

Alle Funktionen in der ALG sind ehrenamtlich; nur während des Wahlkampfes wurde eine Person für 4 Monate lang stundenweise bezahlt.

Wie groß ist nun der Anteil der „Funktionäre“? Mit unserem Fragebogen erfaßten wir 14 Personen, die ein „Amt“ in der ALG (Mitglied des Vorstandes, des Verhandlungsteams zur Bürgermeisterwahl, des Schiedsgerichts, ALG-Gemeinderat) innehaben oder -hatten. Zehn von ihnen fühlen sich als Mitglied des „innersten Kreises“ der ALG; zusätzlich tut dies noch eine Person, die nie eine „Funktion“ ausübte. Insgesamt ergeben sich somit 15 Personen, die den „Kern“ der ALG⁷⁷⁾ ausmachen. Das ist fast ein Drittel (29 %) aller Plenumsteilnehmer (ohne erstmalige Besucher); dieser Anteil müßte wegen des für alle ALG-„Ämter“ geltenden „Rotationsprinzips“ noch weiter wachsen.

Überblickt man diese Strukturen, zeigt sich, daß die ALG mehr Offenheit in der Meinungsbildung und in den Entscheidungen als die traditionellen Parteien bietet; damit wird sie bis zu einem gewissen Grad dem Anspruch auf „Basisdemokratie“ gerecht. Daß die radikale Öffentlichkeit und allgemeine Zugänglichkeit — auch für Journalisten — aber durchaus nicht immer positive Auswirkungen hat, zeigen manche Reaktionen in den Medien: Da dominiert wohl

eher die Belustigung über Uneinigkeit oder über die mangelnde Kompetenz von Plenumsteilnehmern, die etwa zu bemerken wagen, für sie sei das Grazer Budget unverständlich.⁷⁸⁾

Andererseits wird aber klar, daß das Modell der ALG — das ja speziell für Graz entwickelt wurde — viele Elemente enthält, die wohl nur unter vergleichbaren Umständen — das heißt auf Gemeindeebene — verwirklicht werden können. Das gilt für den geringen Anteil formaler Entscheidungsprozesse, für die große Nähe von Führungsgruppe und Basis, ganz besonders aber für das Um und Auf der Legitimation der ALG: für die allgemeine Zugänglichkeit des Plenums. Wie das auf einer „höheren“ Ebene — Land oder Bund — funktionieren soll, ob das dort überhaupt funktionieren kann, ist auch innerhalb der ALG umstritten. Deshalb wurde die Kandidatur der Alternativen Liste Österreich, die sich ja auf Bundesebene genau mit diesem Problem herumschlägt, auch von der ALG durchaus nicht einhellig befürwortet.⁷⁹⁾

7. „Alternativkredit“ und „Dezentrale“ — die materielle Basis

Wie finanziert sich die ALG? Diese Frage gab vor allem im Gemeinderatswahlkampf Anlaß zu manchen Vermutungen und Behauptungen der traditionellen Parteien, die hinter der ALG meist den großen Gegner als Geldgeber erblickten.⁸⁰⁾ Irgendwelche Ansätze oder Versuche von Beweisen dazu gab es allerdings nie, und nach der Wahl ist davon nicht mehr die Rede. Woher kommt das Geld also wirklich?

Die ALG-Mitglieder sind laut Statut verpflichtet, einen Mitgliedsbeitrag von 1 % ihres monatlichen Einkommens zu leisten, eine Verpflichtung, der in sehr unterschiedlicher Weise nachgekommen wird. Daher gab es erst kürzlich eine „Aktion Dauerauftrag“ zur Hebung der Einnahmen, die einigen Erfolg brachte. Seither gehen rund S 4.000,— monatlich aus dem Titel „Mitgliedsbeiträge“ an die ALG.

Eine zweite wichtige Finanzierungsquelle sind Spenden, die entweder als einmalige oder in mehr oder weniger regelmäßigen Abständen von Sympathisanten und Mitarbeitern einlangen. Die Beträge sind auch hier recht bescheiden — sie bewegen sich zwischen einigen hundert und einigen tausend Schilling. Sie reichen aber aus, um zusammen mit den Mitgliedsbeiträgen die allernötigsten Ausgaben im Budget zu decken.

72) Vgl. Kandidatenausschreibung der Alternativen Liste Graz. Aufruf zur Teilnahme und Brief an eine Kandidatin/einen Kandidaten, ALG-Info Nr. 5 (Juli/August 1982), S. 31.

73) Vgl. ALG gibt Spitzenkandidaten kurz vor der Wahl bekannt, Kleine Zeitung, 2. 10. 1982.

74) Typische Pressereaktionen: „Grüner“ Spitzenkandidat bleibt ein süßes Geheimnis, Kleine Zeitung, 2. 7. 1982; „Die ALG hat Probleme, ihren Häuptling zu benennen“, Erwin Zankel, Hakeziehn, Kleine Zeitung, 11. 10. 1982; anders der Uhrwurm 10 (Oktober 1982) 41, der einen „ersten großen Uhrwurm-Polit-Ausschneide-Bastelbogen“ enthielt, mit dem man aus vorgefertigten Gesichtsteilen Wunschkandidaten/Innen selbst herstellen konnte.

75) Portraits der derzeitigen ALG-Mandatare finden sich in der Serie „Die grünen Rebellen“ in der Steirerkrone vom 30. 1., 31. 1., 1. 2. und 2. 2. 1983.

76) Bei der konstituierenden Sitzung des Gemeinderates im März 1983 haben daher die ALG-Gemeinderäte dem Bürgermeister eine Verzichtserklärung auf die Hälfte ihres Gemeinderatsbezuges (voller Bezug: rund S 21.000,—) abgegeben. (Die rechtliche Zulässigkeit eines Verzichts ist fraglich.) Dieses Thema war auch einer der Hauptpunkte des ALG-Wahlkampfes und fand große Beachtung in den Medien. Vgl. z. B. Erwin Zankel, Ein Striptease der Grazer Rathausherrn, Kleine Zeitung, 6. 2. 1983; Politik kein Geschäft, Leserbrief des ALG-Gemeinderates Markus Scheucher, Kleine Zeitung, 9. 2. 1983; Erwin Zankel, Die ALG und das liebe Geld, Kleine Zeitung 11. 2. 1983; ALG: „Das Problem wurde unterschätzt“, Kleine Zeitung 18. 2. 1983; ALG im Gemeinderat: die Gage bleibt unklar, Neue Zeit, 18. 2. 1983.

77) Vgl. dazu auch Teil 3.

78) Typrisch der Artikel: Was den Etablierten mit der ALG noch bevorsteht, Kleine Zeitung, 28. 1. 1983; vgl. auch Die Basis und der Bürgermeister, Tagespost, 4. 2. 1983.

79) Vgl. die Diskussion „Alternative Liste Österreich. Pro/Kontra“, Uhrwurm 11 (November 1982), S. 27.

80) Z. B. „Dezentrale“: 10.000 im Monat, Kleine Zeitung, 7. 8. 1983; Gerüchte um die Grünen, Kleine Zeitung, 26. 11. 1982.

Andererseits genügen diese Einnahmen bei weitem nicht, um auch nur geringfügige außerordentliche Ausgaben zu tätigen — und sie reichten natürlich auch nicht zur Finanzierung des Gemeinderatswahlkampfes. Hier behalf man sich mit sogenannten „Alternativkrediten“, die von ALG-Mitgliedern und Sympathisanten zinsenlos zur Verfügung gestellt wurden. Auf diese Weise gelang es, rund S 45.000,— aufzutreiben.

Der gesamte Wahlkampf kostete nach den Angaben der ALG ungefähr S 70.000,— eine für die traditionellen Parteien lachhafte Größe. Dieser geringe Betrag — wie überhaupt die gesamte Finanzierung der ALG — bleibt aber unverständlich, wenn man nicht weiß, daß ein Großteil des Werbematerials sich selbst finanziert: So werden z. B. Plakate und Aufkleber an die Mitglieder und Aktivisten verkauft, die sie also nicht nur aufhängen oder verteilen, sondern auch noch bezahlen.

Derzeit (April 1983) hat die ALG Schulden von einigen zehntausend Schilling und ein monatliches Budget von rund S 10.000,—. Beides ist nur mit Hilfe von öffentlichen Mitteln, die der ALG nach ihrem Einzug in den Gemeinderat zustehen,⁸¹⁾ zu bewältigen. Überhaupt hat sich die materielle Situation der ALG durch den Wahlerfolg entscheidend verbessert. Neben den Fraktionsgeldern kann sie nach den ungeschriebenen Regeln der Grazer Stadtverfassung einen Klubraum im Rathaus und einen Ganztagsposten des Magistrats für eine(n) Klubsekretär(in) beanspruchen.

Worauf die ALG allerdings — im Gegensatz zu anderen Parteien — verzichtet, sind Einnahmen aus „Parteisteuern“, die ihre Mandatare aus ihren Bezügen leisten. Die 4 Gemeinderäte der ALG haben bereits in der ersten Gemeinderatssitzung auf die Hälfte ihrer Bezüge verzichtet⁸²⁾ und behalten den Rest (brutto rund S 11.000,—) für sich.

Treffpunkt der ALG ist die „Dezentrale für Alternativen“ in der Grazer Innenstadt — ein Lokal mit einem größeren Versammlungsraum und zwei kleineren Büroräumen. Die „Dezentrale“ gab es bereits vor der ALG; sie wurde schon 1980 von der „Erklärung von Graz“ eingerichtet, die sie auch zusammen mit der „Bürgerinitiative gegen Atomkraftwerke“ bezahlte. Ursprünglich trafen sich darin politisch aktive Gruppen aller Art, nach und nach aber wurde die „Dezentrale“ hauptsächlich zum „Parteilokal“ der ALG, das nebenbei auch noch von ein paar anderen Initiativen mitbenützt wird. Dementsprechend hat die ALG auch seit 1983 den Großteil der Finanzierung übernommen.

Bis jetzt war die ALG im großen und ganzen auch materiell durch den Idealismus ihrer Anhänger getragen. Derzeit befindet sie sich in einer Umbruchs-

81) Aus dem Titel „Förderung der politischen Bildungsarbeit der Klubs im Gemeinderat“ erhalten die Parteien jedes Jahr auch Mittel aus dem Budget (1982 waren es S 45.000,— pro Mandatar.)

82) Dazu Teil 6. (FN 76).

phase, wo das Bedürfnis nach mehr Organisation im finanziellen und Ausstattungsbereich sowohl von den Anforderungen durch die Arbeit im Gemeinderat her als auch von deutlichen Verschleißerscheinungen in der Opferbereitschaft ihrer Anhänger her größer wird. Aus diesem Grund hat man auch schon begonnen, einzelne, besonders unerfreuliche Tätigkeiten — z. B. Tippen, Info-Zusammenlegen — stundenweise zu bezahlen. Über kurz oder lang werden sich hier wohl noch größere Veränderungen ergeben, die in die Richtung einer größeren Professionalisierung gehen.

8. Jungwähler, Nichtwähler, Götz-Wähler — wer stimmte für die ALG?

Die ALG erhielt bei den Grazer Gemeinderatswahlen vom 23. 1. 1983 10.933 Stimmen, d. h. 7 % der abgegebenen Stimmen, und errang damit vier Sitze im Gemeinderat. Bei den Nationalratswahlen am 24. 4. 1983 hingegen gaben nur 5.721 Grazer der Alternativen Liste Österreich (ALÖ), mit der sich die ALG identifizierte,⁸³⁾ ihre Stimme. Überspitzt heißt das, die ALG schrumpfte auf die Hälfte ihres Wählerpotentials.

Wie sah nun die Wählerstruktur der ALG bei den Gemeinderatswahlen aus? Eine Analyse, die sich auf eine vom Fessel-Institut nach der Wahl durchgeführte Meinungsumfrage⁸⁴⁾ stützt, zeigt auf den ersten Blick zwei Besonderheiten: einen hohen „Nichtwähleranteil“ und ein beachtlich junges Wählerpotential. Rund 14 % der ALG-Wähler bekannten sich als frühere Nichtwähler, zwischen 10 % und 13 % waren Erstwähler. Ein Viertel der ALG-Wähler gehörten zur Altersgruppe der 18- bis 29jährigen. Von den Jahrgängen über 60 hingegen gaben nur 3 % an, ALG gewählt zu haben.

Die ALG-Wählerschaft verfügte über einen hohen Anteil von „late deciders“. Ein Viertel der früheren Nichtwähler, die nun die ALG wählten, entschieden sich erst ein bis zwei Wochen vor der Wahl, 40 % der ALG-Wählerschaft in den letzten vier Wochen vor der Wahl, darunter wiederum waren vor allem Jungwähler.

Die Wählerstruktur der ALG entspricht damit der schon weiter oben beschriebenen Mitgliederstruktur.

Angaben über den Stimmenfluß von den etablierten Parteien zur ALG sind noch vorsichtiger zu treffen als solche über die Wählerstruktur. Mit einiger Glaubwürdigkeit dürften die Gewinne von der FPÖ am höchsten gewesen sein — 28 %, während 22 % der ALG-Wähler früher ÖVP, 20 % früher SPÖ gewählt haben.

83) Vgl. allerdings Teil 5 bei FN 79.

84) Vgl. Erwin Zankel, Hakezieh'n, Kleine Zeitung, 14. 2. 1983, S. 4.

In bezug auf die Bezirksergebnisse lassen sich zwei Fakten festhalten:

— die ALG hat in der „City“ östlich der Mur, in den „bürgerlichen“ Bezirken „Innere Stadt“, „St. Leonhard“ und „Geidorf“ wahrscheinlich zulasten der FPÖ Gewinne verbuchen können. Das Stimmenpotential der FPÖ, das dort bei den vom damaligen FPÖ-Bürgermeister Alexander Götz dominierten Gemeinderatswahlen 1978 seinen Höhepunkt erreicht hatte (die SPÖ wurde in Geidorf und St. Leonhard vom Platz der zweitstärksten Partei verdrängt)⁸⁵⁾, schrumpfte um rund ein Drittel. Diese Schwankungen, u. a. der Direktwechsel von Wählern von der FPÖ zur ALG, dokumentieren die überdurchschnittlich hohe Mobilität der Grazer bei Gemeinderatswahlen (15 % in Graz, 5—8 % im österreichischen Durchschnitt) — anders ausgedrückt, der Wechselwähleranteil ist in Graz an sich schon überdurchschnittlich hoch. Dieses Phänomen legt seinerseits Rückschlüsse auf „Protestvoten“ oder „Protestverhalten“ nahe. Der FPÖ-Sieg 1978 bei den Gemeinderatswahlen — so einmütig alle Kommentatoren — war das Ergebnis der Zugkraft der „Leitfigur“ Alexander Götz, dem man die Lösung von bestimmten Unmutsthemen — Bürokratie, Privilegien, etc. — zutraute, nachdem das Vertrauen in die Problemlösungskapazität der Großparteien erlahmt war. Als interessant fällt in diesem Zusammenhang auf, daß trotz des Wählerstroms von der FPÖ zur ALG immer noch 10 % der ALG-Wähler für eine Weiterbestellung von Alexander Götz als Bürgermeister eintreten würden;

— in der sogenannten „Terrassenhaussiedlung“ im Bezirk St. Peter, einem Projekt des öffentlichen Wohnbaus mit erheblichen Finanzierungsschwierigkeiten und sonstigen Problemen, in der einige ALG-Aktivistinnen wohnen, erhielt die ALG auf Anhieb 27 % der Stimmen bei gleichzeitig starken Verlusten der dort dominierenden ÖVP.⁸⁶⁾ Angemerkt sei, daß die Sozialstruktur dieser Siedlung, überwiegend jüngere „white collar workers“ mit Hochschulabschluß, der weiter oben beschriebenen Sozialstruktur der ALG ähnelt.

Unter den Wahlmotiven zugunsten der ALG stechen die Attraktivität der Umweltschutzaussagen der ALG (für 87 % der ALG-Wähler) und die allgemeine Parteiverdrossenheit (72 %) bzw. die Unzufriedenheit mit den Grazer Parteien (69 %) heraus. — Einen Gutteil ihres Erfolges dürfte die ALG der Möglichkeit zu „unkonventionellem Handeln“ verdanken („Stewardessen in der Straßenbahn“, „Besetzung“ des Landhaushofs, Imitationen von Verkehrszeichen etc.)⁸⁷⁾ womit der Kritik der Mißstände plakativ Ausdruck verliehen werden konnte. Nicht zuletzt ihre Organisationsstruktur hinderte die etablierten Parteien an dieser Art von Basiskontakten.

Will man abschließend die allgemeine Einschätzung und den Bekanntheitsgrad der ALG illustrieren, so ist man auf wenige schwache Indikatoren angewiesen. Nach der Gemeinderatswahl 1983 gab die Hälfte der ALG-Wähler an,

85) Vgl. Kurt Wimmer, Messias für die Bürgerlichen? In: Academia, 29. Jg. (1978), März/April 1978, S. 18ff.

86) Vgl. Wo gibt es Alternative? Kleine Zeitung, 24. 1. 1983, S. 5.

87) Vgl. Teil 5.

sie würden bei den Nationalratswahlen ihre Stimme der ALÖ geben (21 % gab die ÖVP, 10 % die SPÖ, nur 1 % die FPÖ an). Tatsächlich errang die ALÖ am 24. 4. 1983 nur rund den halben ALG-Stimmenanteil. Dieses Ergebnis relativiert die Annahme, der ALÖ wäre die deutliche Qualifikation als Linkspartei zum Nachteil gewesen, während die ALG vor der Gemeinderatswahl in das allgemeine Rechts-Links-Kontinuum der Parteien noch nicht eingeordnet worden war (laut Fessel sagen 18 %, die ALG sei eher links einzustufen, 5 % eher rechts, 60 % aber bezeichnen sie als nicht einordenbar). Anfang Februar gaben in Graz 12 % der Befragten an, sie hätten ALG gewählt (tatsächlich erhielt die ALG 7 % der Stimmen). Diese Diskrepanz dürfte auf den bekannten „band-waggon“-Effekt zurückführbar sein, wenn sich auch dadurch Rückschlüsse zumindest auf den Bekanntheitsgrad nicht ausschließen lassen.

Fritz Plasser und Peter A. Ulram schätzen in einer rezenten Studie⁸⁸⁾ über die Nationalratswahlen 1983 das theoretische „Grün-Potential“ in Österreich auf 10 % der Stimmbürger. In Graz dürften die Chancen der Alternativen und Grünen allerdings — vor allem aufgrund der hohen Wählermobilität — als besser einzustufen sein. Die 10 %-Spanne wurde durch die Gemeinderatswahlergebnisse des „Grün-Potentials“ — 7 % für die ALG, 1,3 % für die „Grüne Mitte Österreichs“ — schon zu einem guten Teil „ausgelotet“.

9. Zusammenfassung

9.1. Die ALG ist nicht spontan entstanden, sondern das Ergebnis einer längeren Entwicklung. Ihre Sozialstruktur weist sie als bürgerliche Gruppierung aus, in der Angehörige der Mittelschicht mit hohem Bildungsniveau, darunter vor allem öffentlich Bedienstete und im Bildungsbereich Tätige (Studenten und Lehrer) dominieren. Auffallend ist auch der große Anteil der Nichtberufstätigen (Studenten/Hausfrauen). Die Zusammensetzung der ALG-Wähler dürfte ähnlich sein.

9.2. Die ALG versteht sich einerseits als Notwehrgemeinschaft gegen Fehlentwicklungen der traditionellen Politik, bringt aber andererseits einen klaren Anspruch auf Gestaltung der Zukunft mit, der sich zunächst durchaus traditionell in Programmen zu verschiedenen Bereichen der Politik niederschlägt: die ALG ist also weder eine Ablehnungs- noch Ein-Punkt-Partei.

9.3. Die ALG beruht auf einem eindeutig „postmaterialistischen“ Wertekonsens, verfügt aber über keine aufgearbeitete „Theorie“, sondern nur über einzelne Elemente. Neben dem ökologischen Grundsatz stehen vor allem Fragen der Demokratieerneuerung im Mittelpunkt aller ALG-Programme: Dezentralisation, Bürgerbeteiligung und Selbstverwaltung sollen die repräsentative De-

88) Fritz Plasser/Peter A. Ulram, Die Nationalratswahl 1983, Dokumentation, Analyse und politische Konsequenzen, Österreichische Monatshefte 39 (1983) H 4, S. 127ff (133).

mokratie wieder unter Kontrolle bringen bzw. in bestimmten Bereichen ersetzen. Der Staat wird einerseits als Werkzeug der Veränderung — vor allem der Wirtschaft, akzeptiert, andererseits soll er — besonders im sozialen Bereich — vom Reglementierer zum reinen Förderer von Eigenleistungen der Bürger werden. Mitunter lassen sich in der ALG auch Ansätze eines anarchistischen Bewußtseins feststellen.

9.4. Neben traditionellen politischen Aktionsformen benützt die ALG medienwirksame begrenzte Regelverletzungen, um ihre Anliegen bekannt zu machen. In diesen „Aktionen“ äußert sich am unmittelbarsten das für den Zusammenhalt der Gruppe im Vergleich zur Theorie viel wichtigere Lebensgefühl der Alternativen, der Wunsch nach politischer Authentizität. Durch den Erfolg bei der Gemeinderatswahl 1983 hat sich der ALG ein neues Tätigkeitsfeld eröffnet, auf dem sie sich erst zurechtfinden muß. Es wird sich erst herausstellen, ob die ALG ihr „parlamentarisches Spielbein“ zum Standbein machen und sich damit den organisatorischen Zwängen beugen wird.

9.5. Struktur und Willensbildung der ALG zeichnen sich durch eine relativ große Offenheit nach außen, einen großen Anteil informeller, mündlicher diskursiver Vorgänge und eine starke Homogenität von Plenumsteilnehmern und ALG-„Kern“ aus — das allerdings um den Preis großer zeitlicher Opfer ihrer Mitarbeiter. Dieses Moment der Verfügung über Zeit, Professionalisierungstendenzen und die Herausbildung von Organisationsstrukturen mit Arbeitsteilung sind aber Ansatzpunkte, die in Zukunft zu Oligarchisierungstendenzen führen können.

9.6. Die langfristige Entstehungsgeschichte der ALG, die relativ große Anzahl der politisch aktiven Gruppen in Graz (ca. 40), aus denen ihre Mitarbeiter und Anhänger großteils kommen, und das weitere Wachsen von „alternativen“ und „grünen“ Strömungen auch auf überregionaler Ebene lassen vermuten, daß es sich bei der ALG um keine kurzfristige Erscheinung, sondern um eine echte Erweiterung des politischen Systems handelt. Sie steht dabei an dessen Grenze: das zeigt ihr Schwanken zwischen Staat und Anarchie, zwischen Gemeinderat und Straße, zwischen Theorie und Emotion, zwischen Verhandeln und Besetzen, zwischen Professionalismus und Dilettantentum ganz deutlich. Gerade als Vermittler zwischen dem etablierten System und solchen, die es nicht akzeptieren, könnte der ALG eine systemerhaltende Funktion zukommen: darauf deuten auch Stimmengewinne der ALG bei früheren Nichtwählern.

9.7. Die ALG ist eine in wesentlichen strukturellen und ideologischen Elementen auf kommunale Verhältnisse, genauer eigentlich: auf Kleinheit zugeschnittene Gruppierung. Sollte sie weiter wachsen, müßte sie das in Schwierigkeiten bringen: Eine Umstrukturierung und ein Überdenken zentraler theoretischer Positionen wäre unvermeidlich. Aber Schwierigkeiten mit dem Wachstum waren ja ein Ausgangspunkt der ALG.

Khol-Stirnemann

Sonderdruck

Andreas Khol/Alfred Stirnemann: Vorwort der Herausgeber – Fritz Plasser/Peter A. Ullrich: Nationalratswahl 1983 – Franz Birk/Kurt Traar: Ende einer Ära – Franz Sommer: Nationalratswahlkampf 1983 Medienberichterstattung – Wolfgang C. Müller: Direktwahl und Parteiensystem – Rudolf Bretschneider: Wiener Gemeinderatswahl 1983 – Helmut Strobl: Grazer Gemeinderatswahl 1983 – Anton Pellinka: Innsbrucker Gemeinderatswahl 1983 – Helmut Mader: Anmerkungen zu den Innsbrucker GA-Wahlen – Eckerhart Ziesel: Grüne Bewegungen – Salzburger Bürgerliste – Rudolf Kratochvíla: Landtagswahl NO 1983 – Günther Ofner: Bundespersonalvertretungswahl 1984 – Anton Neviacsi: Regierung und Opposition im Parlament 1979–1983 – Wilhelm F. Czerny: Schicksalstag 4. März 1983 – Joseph Marko: Kommunale Reformpolitik in Graz – Franz Merli/Meinrad Handtanger: Alternative Liste Graz – Herbert Dachs: Modell Salzburg 2000 – Robert Kriechbaumer: Renaissance des Austromarxismus – Ideologiedebatte der SPÖ 1979–1983 – Alfred Matzka: Zwischen Austromarxismus und Volkspartei – Friedhelm Frischenschlager: Das Verhältnis der FPÖ zu den Kirchen – Helmut Holzinger: 10. Bundeskongreß des OGB – Maximilian Gottschlich: Journalismus als ethisches Problem – Franz Fiedler: Auswirkungen der Familienrechtsreform – Manfred Drennig: Zur Philosophie der Genußscheine – Marina Fischer-Kowalski/Peter Schneidewind: Armut in der Krise – Christian Festa/Inge Görner: Die sozialistische Wirtschaftspolitik 1979–1982 – Klaus Hecke: Rahmenbedingungen für regionale Strukturpolitik – Joachim Lamel: Budgets und Budgetpolitik 1979–1982 – Claus Raidl: Verstaatlichte Industrie 1979–1982 – Rudolf Sirasser: Lage der Bauern – Heinrich Schneider: Entwicklung der Friedensbewegung – Andreas Maisinger: „Neue“ Österreichische Friedensbewegung(en) – Christian Brünner: Verteidigungspolitische Programme – Hans Katschthaler: Bildungspolitik in Österreich 1979 bis 1983 – Günther Ofner: Politische Bildung im Bundesheer – Alfred Stirnemann: Jahreschronik 1983 – Tabellen und Schaubilder – Daten aus der Meinungsforschung

Österreichisches Jahrbuch

'83 für Politik

OLDENBOURG · VERLAG FÜR GESCHICHTE UND POLITIK